

# Appellationsgericht in Wien, Fürstliches

1809 - 1922

1862 erfolgte noch keine Trennung von Justiz und Landesverwaltung; die fürstliche Hofkanzlei in Wien fungierte wie früher sowohl als Rekursinstanz gegen Entscheidungen der Regierung wie auch als Appellationsinstanz gegen Urteile des Landrichters (§ 91 ff. der Amtsinstruktion von 1862). Die Trennung von der Hofkanzlei und von der politischen Rekursinstanz erfolgte durch die Amtsinstruktion von 1871. Das Appellationsgericht bildete nun juristisch eine eigene Institution und bestand aus drei geprüften Richtern, die vom Fürsten ernannt wurden (§42). Ab 1904 konnten "im Interesse der ungehinderten Amtsführung" auch mehr als drei Richter ernannt werden (LGBl. 1904 Nr. 3). Personell kam es zu Überschneidungen mit der Hofkanzlei. Das Appellationsgericht urteilte allein aufgrund der eingesandten Akten. 1921 wurde das Appellationsgericht durch das Obergericht ersetzt.

Literatur: HLFL (Artikel "Gerichtswesen")

GND:

<b>Edition</b>	<b>Datum</b>	<b>Titel</b>
Auswandererbriefe 1843-1935	04.03.1902	<p><strong>Simon Bäumel an Ulrich Hriber den Tod seiner Ehefrau Bertha, den Bau des Kirchenturms in Ruggell und den einstweiligen Verbleib der Kirchenglocken, die angebliche Zuchthausstrafe von Adolf Biedermann, die Erpressung des Landrichters Carl Blum durch Wilhelm Bäumel, Eheschliessungen in Ruggell und Mauren sowie die Zwangsversteigerung von Bad Nofels</strong></p>
Quellenedition 1900-1930	07.10.1905	Der k.k. Gewerbeinspektor Hubert Stipberger inspiziert die Steinbrüche des Johann Frick und des Johann Kubli in Balzers sowie das Elektrizitätswerk der Gemeinde Vaduz
Quellenedition 1900-1930	11.12.1906	<p>Regierungskommissär Karl von In der Maur begründet im Landtag den Gesetzentwurf zur Novellierung des Strafverfahrensrechts</p>
Quellenedition 1900-1930	19.04.1909	Das fürstliche Appellationsgericht stützt die Verurteilung von Xaver Beck aus Triesenberg wegen Wildfrevels und verbotenen Waffentragens
Quellenedition 1900-1930	19.06.1910	<p>Der Innsbrucker Gewerbeinspektor Hubert Stipberger referiert in Vaduz über die neue liechtensteinische Gewerbeordnung von 1910</p>
Quellenedition 1900-1930	06.11.1911	<p>Die zivilprozessualen Gesetzentwürfe werden im fürstlichen Appellationsgericht in Wien beraten</p>
Quellenedition 1900-1930	10.12.1911	<p>Albert Schädler erstattet dem Landtag einen vorläufigen Bericht zu den zivilprozessualen Gesetzentwürfen</p>
Quellenedition 1900-1930	13.11.1912	<p>Die "Siebnerkommission" empfiehlt dem Landtag die Annahme der zivilprozessualen Gesetzentwürfe mit einigen Änderungen</p>
Quellenedition 1900-1930	28.10.1913	<p>Eine "Siebnerkommission" empfiehlt dem Landtag die Annahme des Gesetzentwurfes zur Strafprozessordnung mit einigen Änderungen</p>
Quellenedition 1900-1930	10.01.1916	Die fürstliche Hofkanzlei erachtet sich für das österreichische Auslieferungersuchen betreffend den Deserteur Josef Sigismund Lorenzi als unzuständig
Quellenedition 1900-1930	18.01.1917	Landesverweser Leopold von Imhof weist die Forderung des bischöflichen Ordinariates auf Abänderung des Gesetzentwurfes über die Kongruaregelung zurück und beharrt ausserdem auf der staatlichen Strafgewalt über den Klerus
Quellenedition 1900-1930	12.11.1918	<p>Der Vorsitzende des provisorischen Vollzugsausschusses, Martin Ritter, stellt im Landtag das "Regierungsprogramm" vor</p>
Quellenedition 1900-1930	19.11.1918	<p>Martin Ritter versucht, von Fürst Johann II. die Anerkennung des Vollzugsausschusses zu erlangen</p>
Quellenedition 1900-1930	28.11.1918	<p>Martin Ritter, Vorsitzender des Vollzugsausschusses, weigert sich, die Amtsgeschäfte wieder dem ehemaligen Landesverweser Leopold von Imhof zu übergeben</p>

<b>Edition</b>	<b>Datum</b>	<b>Titel</b>
Quellenedition 1900-1930	16.04.1919	<p>Die &bdquo;Oberrheinischen Nachrichten&ldquo; wenden sich gegen die liechtensteinischen Verwaltungs- und Gerichtsinstanzen mit Sitz im Ausland (2)</p>
Quellenedition 1900-1930	26.04.1919	<p>Die Hofkanzlei fragt an, ob die &ouml;sterreichische Regierung mit der Errichtung einer liechtensteinischen Gesandtschaft in Wien einverstanden ist</p>
Quellenedition 1900-1930	02.05.1919	Österreich stimmt der Errichtung einer liechtensteinischen Gesandtschaft in Wien grundsätzlich zu
Quellenedition 1900-1930	20.06.1919	<p>Eine Deputation der Volkspartei unterbreitet F&uuml;rst Johann II. ihre W&uuml;nsche zur Verfassungsrevision</p>
Quellenedition 1900-1930	10.08.1919	Landesverweser Prinz Karl entwirft eine Amtsinstruktion für die liechtensteinische Gesandtschaft in Wien
Quellenedition 1900-1930	06.09.1919	<p>Liechtenstein betont gegen&uuml;ber der Pariser Friedenskonferenz seine Souver&uuml;nit&uuml;t und Neutralit&uuml;t</p>
Quellenedition 1900-1930	21.09.1919	Prinz Eduard schlägt dem Fürsten vor, dass der liechtensteinische Gesandte in Wien als Leiter der Aussenpolitik sowie als Schaltstelle zwischen dem Fürsten und der Regierung in Vaduz fungieren soll
Quellenedition 1900-1930	17.01.1920	Der Wiener Gesandte Prinz Eduard, die Regierung und die Landtagsabgeordneten debattieren über die Handelsbeziehungen mit Österreich, den Zollanschluss an die Schweiz und die Einführung der Frankenwährung
Quellenedition 1900-1930	23.01.1920	<p>Vertreter der Schweiz und Liechtensteins besprechen die M&ouml;glichkeit eines Zoll-, Justiz- und Postvertrages zwischen der Schweiz und Liechtenstein</p>
Quellenedition 1900-1930	12.05.1920	Die Anhänger der Christlich-sozialen Volkspartei sprechen sich in einer Grossveranstaltung gegen die Bestellung eines Ausländers in die Regierung sowie gegen die Ungleichbehandlung der Parteien aus
Quellenedition 1900-1930	29.03.1922	<p>Wilhelm Beck begr&uuml;ndet die Verlegung der ausw&uuml;rtigen Gerichtsinstanzen nach Liechtenstein sowie die Ab&uuml;nderung der Zivil- und Strafprozessordnung</p>
Quellenedition 1900-1930	28.05.1922	Die "Neue Zürcher Zeitung" analysiert die Rechtsbeziehungen zwischen Liechtenstein und der Schweiz und kommt u.a. zum Schluss, dass Schweizer Behördenmitglieder, wozu auch National- und Ständeräte zählen, keine Richterfunktionen in Liechtenstein wahrnehmen dürfen